

## Haushaltsrede 5.2.2010

Gehalten von Heidi Boulnois, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende DIE LINKE im Kreistag Marburg-Biedenkopf

Entwurf: Heidi Boulnois und Hajo Zeller

Anrede

Katastrophal, desaströs, erschütternd, das sind die Vokabeln die zum diesjährigen Haushaltsentwurf des Kreisausschusses passen. Für die Entwicklung der kommenden Jahre fehlen geeignete Vokabeln. Schlimmer als katastrophal, desaströs und erschütternd kann es eigentlich nicht werden.

Aber es wird schlimmer, viel schlimmer.

In der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes weist der Kreisausschuss den Bestand der Kassenkredite zum 31. 12. 2009 mit 81,3 Millionen Euro aus. Über 107 Millionen im Jahre 2010 werden sich die Kassenkredite bis zum Jahre 2013 auf über 230 Millionen Euro auftürmen. Und das, bei einem Haushaltsgesamtvolumen von insgesamt etwas mehr als 300 Millionen Euro.

Fürwahr ein Desaster, ein Horrorszenario

Das ist nicht lustig, auch wenn es hübsch anzusehen ist, wenn der Landrat mit leeren Hosentaschen in der Lokalpresse posiert, zugegeben. Aber dieses Bild transportiert nicht einmal die halbe Wahrheit Denn zur ganzen Wahrheit gehört, dass die öffentlichen Kassen systematisch geleert wurden. Nicht durch ein unvorhersehbares Naturereignis oder eine biblische Heimsuchung. Nein, die leeren Kassen der öffentlichen Haushalte sind das Ergebnis von bewussten Entscheidungen im Bundestag und im Hessischen Landtag. Fast Alle Abgeordneten von CDU, CSU, SPD, FDP und den Grünen haben mit ihren finanzpolitischen Entscheidungen mitgewirkt, die öffentlichen Kassen zu leeren.

Sie alle hebeln das Grundgesetz und die Hessische Verfassung aus. Im Grundgesetz und in der Hessischen Verfassung ist die kommunale Selbstverwaltung garantiert und verankert. Angesichts dieser katastrophalen Kassenlage gibt es keine kommunale Selbstverwaltung mehr. In Grundgesetz und Hessischer Verfassung wird zugesichert, dass die Kommunen finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihren Pflichtaufgaben nachkommen können. Und das wird immer wieder gerne vergessen, es wird ihnen garantiert, dass sie auch freiwillige Aufgaben übernehmen können. Und bezahlen können. Wer etwas anderes tut Begeht Verfassungsbruch

Wissen Sie wie viele Milliarden Euro die Kommunen in den letzten Jahren nur durch steuerpolitische Maßnahmen eingebüßt haben? Über 30 Milliarden Euro Mindereinnahmen haben die Kommunen vom Jahre 2000 bis zum Jahre 2009 verkraften müssen. Wohlgermerkt, dabei sind konjunkturbedingten Steuerausfälle noch nicht mit eingerechnet. Nur die Steuersenkungsorgien von Rot/Grün und Schwarz/Rot summieren sich bisher auf 30 Milliarden Euro. Dazu kommen in den folgenden Jahren die

Belastungen aus den Steuersenkungen bei den Konjunkturpaketen eins und zwei. Nach den Angaben des Bundesfinanzministeriums werden die Kommunen bis zum Jahre 2013 noch einmal über fünf Milliarden Euro Mindereinnahmen haben, nur aus den Konjunkturprogrammen.

Insgesamt wurden von Oktober 2008 bis Juli 2009, das ist nicht einmal ein ganzes Jahr, Mindereinnahmen der Kommunen für die Jahre 2009 bis 2013 in Höhe von 20 Milliarden Euro im Bundestag beschlossen. Die Folgen des Wachstumsbeschleunigungsgesetz mit dem Milliardengeschenk an Hoteliers ist da noch nicht miteingerechnet. Das sind alles Zahlen des Bundesfinanzministeriums, ich kann sie Ihnen gerne zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren von der Presse. Diese Zahlen sind Ausdruck von politischem Willen, das heißt eine Mehrheit von Parlamentariern hat bewusst dafür gesorgt, dass die Finanzlage so katastrophal ist. Ich bitte das zur Kenntnis zu nehmen und den Menschen da draußen zu berichten. Die Haushaltslage ist auf Bundes- und Landesebene gemacht worden!

Wenn Herr Koch in der Lokalpresse sagt, er könne kein Geld drucken, so ist das auch nur die halbe Wahrheit. Erstens ist er über den Bundesrat an dieser Austrocknung der Kommunalfinzen beteiligt. Zweitens hat es Herr Koch zu verantworten, dass eine gut funktionierende Abteilung bei der Steuerfahndung in Frankfurt zerschlagen wurde! Millionen von Steuernachzahlungen sind so dem Fiskus entgangen. Außerdem werden in Hessen Millionen von Steuern nicht korrekt erhoben, weil die Landesregierung sich weigert Finanzbeamte einzustellen. Und drittens weigert sich Herr Koch über den Bundesrat eine reformierte Vermögenssteuer anzuschieben

Auch hier gilt es einiges richtig zu stellen: Von diesem Rednerpult aus wurde wiederholt behauptet die Vermögenssteuer sei vom Bundesverfassungsgericht als nicht verfassungsgemäß kassiert worden. Diese Behauptung ist falsch! Das Bundesverfassungsgericht hat lediglich festgestellt, dass es nicht zulässig ist Immobilienvermögen wesentlich geringer zu besteuern als zum Beispiel Geldvermögen. Nicht die Steuer ist unzulässig, sondern das ungleiche Behandeln von verschiedenen Vermögensarten. Das ist unzulässig!

Immer wieder wird auch erzählt, das Aufkommen einer Vermögenssteuer sei so gering, dass sich der Aufwand nicht lohne. Wieder falsch!! Eine Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung hat ergeben, dass eine Vermögenssteuer mit hohen Freibeträgen und moderaten Steuersätzen zu einer deutlichen Verbesserung des Landeshaushaltes beitragen könnte.

Bei einem Freibetrag von 500 000 Euro und einem Steuersatz von nur einem Prozent für das darüber hinaus reichende Vermögen kämen dem Landeshaushalt jährlich 1,23 Milliarden Euro zugute. Damit lässt sich leicht der kommunale Finanzausgleich so ausstatten, dass Städten, Gemeinden und Landkreisen nicht die Luft abgeschnürt wird.

Sie werden jetzt sagen was geht das uns an? Wir sind hier der Kreistag und haben keine Möglichkeit Einfluss zu nehmen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ganz so einfach können sie sich das nicht machen. Es sind ihre Parteifreunde oder Parteigenossen, der eine oder andere sitzt sogar hier im Kreistag, die in Berlin und Wiesba-

den die Arme heben und all diese finanziellen Grausamkeiten auf dem Rücken der Kommunen begangen haben. Es sind ihre Freunde und Genossen, die dafür gesorgt haben, dass der Landrat raunt, man müsse über die Standards nachdenken. Was nichts anderes heißt, als Leistungen kürzen oder Gebühren erhöhen.

Die ganz große Koalition von CDU/CSU/SPD/FDP einschließlich der Grünen haben das ganze Desaster zu verantworten!

Ein Wort noch zur Wirtschafts- und Finanzkrise: Die Folgen der schwersten Rezession in Deutschland seit Menschengedenken kommen verschärfend zu den soeben skizzierten Entwicklungen noch oben drauf. Aber auch hier erfahren die Menschen nur die halbe Wahrheit. Es ist nicht die Gier von Managern und Bankern, die die Verwerfungen ausgelöst haben.

Wieder waren es politische Entscheidungen, auch in Deutschland, die die Voraussetzungen für das Chaos an den Finanzmärkten und die Rezession in der Realwirtschaft ausgelöst haben. Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung waren die Zauberworte

Rot/Grün hat den Heuschrecken das Tor weit aufgemacht! Das Aufblähen der Finanzmärkte durch die Teilprivatisierung der sozialen Sicherungssysteme, die Umverteilung von Unten nach Oben durch die Steuerreformen des vergangenen Jahrzehnts Das stetige Absinken der Lohnquote in Deutschland, die exorbitant gesteigerten Einkommen aus Gewinnen und Vermögen, stagnierende oder sogar sinkende Realeinkommen der Lohnabhängigen - all das waren die objektiven Voraussetzungen für die Krise. Und diese Voraussetzungen wurden politisch geschaffen! Von CDU/CSU/SPD/FDP und den Grünen. Aus dieser Verantwortung kann sie niemand entlassen.

Und nun zu Ihnen Herr Vollmer: DDR Mentalität werfen sie uns vor, wenn wir eine höhere Gewinnausschüttung der Sparkasse einfordern. Ich darf sie daran erinnern, dass DIE LINKE jahrelang vergeblich forderte, den Spielraum den das hessische Sparkassengesetz gibt, für die Gewinnausschüttung auszunutzen. Jahrelang sagten Sie, die Sparkasse spende schon so viel, die Sparkasse brauche die hohe Sicherheitsrücklage um ihren Geschäften nachgehen zu können. Und so weiter und so weiter. In diesem Haushaltsentwurf gilt das alles offensichtlich nicht mehr. Plötzlich und unerwartet werden nicht mehr 25 % des Bilanzgewinnes ausgeschüttet sondern knapp 50 Prozent! Wird die Sparkasse jetzt weniger Spenden? Oder weniger Kredite ausreichen?

Ich glaube das nicht. Die Sparkasse wird wie jedes Jahr auch in 2010 etwa 9,3 Millionen Euro Bilanzgewinn ausweisen. Und sie müssen begründen, warum sie die Spielräume aus dem Sparkassengesetz nicht ausnutzen wollen, warum sie, wie Herr Schüren, das „unseriös“ nennen. In der Gemeindehaushaltsverordnung - Doppik steht im Paragrafen 24, dass zum Haushaltsausgleich alle Ertragsmöglichkeiten herangezogen werden sollen. Und die höhere Gewinnausschüttung der Sparkasse ist eine Ertragsmöglichkeit. Sogar eine mit Potential!

Ebenfalls eine Ertragsmöglichkeit ist die Anhebung der Jagdsteuer auf das ursprüngliche Niveau. 110 000 Euro haben oder nicht haben, davon können sie fast die Kosten der Schülerbeförderung von Kindern armer Eltern in der Sekundarstufe II bezah-

len. Aber hier im Kleinen im Kreistag, ist es wie im Großen im Bundestag: Wer hat, dem wird gegeben. Und die Zeche zahlen die Normalbürger.

Womit wir bei der kommunalen Beschäftigungsförderung wären. 1 000 000 Euro budgetübergreifend bereitstellen das ist unsere Forderung. Ein Anfang nur, aber ein Anfang. Viele Städte, Gemeinden und Landkreise haben in den vergangenen Jahren Arbeitsplätze abgebaut. Der Landrat ist ganz stolz auf die Verringerung der Stellen im Kreishaushalt. Der SPD geht das noch nicht weit genug.

Ich frage Sie, wie weit wollen sie den Stellenabbau noch treiben? Wie viel Mehrbelastung sollen die Mitarbeiter noch schultern? Wie viele Mitarbeiter sollen noch die innerliche Kündigung vollziehen? Zudem: Viele Aufgaben wurden ausgelagert. Und wenn sie es immer wieder abstreiten: Reguläre Beschäftigung ist durch prekäre Beschäftigung und Ein-Euro-Jobs verdrängt worden. Alle Studien, die nicht von Bertelsmann oder der Stiftung Neue soziale Marktwirtschaft bezahlt werden, belegen dies. Selbst der Bundesrechnungshof schreibt ihnen ins Stammbuch, dass der überwiegende Teil der Ein-Euro-Jobs gesetzeswidrig ist. Weil weder zusätzlich noch im allgemeinen Interesse.

In Bauhöfen, bei der Pflege von Garten und Friedhofsanlagen, der Stadtreinigung, im Bereich Kunst und Kultur. Viele Aufgaben und Arbeiten werden heute in einem nicht unerheblichen Umfang von Menschen im Beschäftigungsverhältnis einer Beschäftigungsgesellschaft, sprich mit einem 1,50 €- Job erledigt. Ich frage mich an dieser Stelle nur, wie können Sie alle dies mit ihrem Gewissen verantworten, mit dazu beigetragen zu haben, dass reguläre Arbeit in unserer Gesellschaft eine derartige Abwertung erfahren konnte? Für mich ist dies weder christlich noch sozial, auch nicht ökologisch oder nachhaltig gedacht, sondern ausschließlich dem kurzfristigen kapitalistischen Denken „alles muss sich rechnen“ geschuldet.

Ich möchte unsere Forderung zur Schaffung regelbezahlter Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Bereich allerdings nicht nur mit diesem moralischen, emotionalen Appell begründen, sondern auch aufzeigen dass diese unsere Forderung durchaus auch ökonomisch begründbar ist. Die Schaffung regelbezahlter Arbeit im Bereich der Zuständigkeit des Landkreises hat einen Vorbildcharakter für die gesamte Wirtschaft des Landkreises. Beschäftigte, die im Landkreis wohnen und Leben sind auch Konsumenten in diesem Landkreis. Lassen sie mich abschließend zu diesem Punkt noch sagen, ich bin sicher, zur Umsetzung dieser unserer Forderung gibt es in den einzelnen Fachbereichen noch sehr innovative Vorschläge zur Umsetzung.

In einem wichtigen Sektor geht der Kreisausschuss in seinem Haushaltsentwurf sehr zögerlich vor. Vor wenigen Monaten haben wir hier im Kreistag in einer aktuellen Stunde das Thema Rekommunalisierung der Stromnetze im Landkreis andiskutiert. Sie Herr Fischbach, haben damals gesagt, dass sie sich für eine kreisweite, einheitliche Lösung einsetzen werden. Nun wird in den Städten und Gemeinden des Landkreises diskutiert, aber von einem Einsatz des Kreisausschusses ist nichts zu hören.

Meine Fraktion stellt daher den Antrag, Finanzmittel für vorbereitende Planungen und Untersuchungen zur Rekommunalisierung der Stromnetze im Landkreis bereitzustellen. Wenn meine Informationen richtig sind, wird bereits hinter den Kulissen eifrig an möglichen Strukturen gearbeitet. Meine Fraktion fordert den Landrat und den Kreis-

ausschuss auf, sich aktiv in die Verhandlungen einzubringen. Wenn der Kreis kein Geld hat, sich finanziell an einer kreisweiten Netzgesellschaft zu beteiligen, warum können zum Beispiel nicht die restlichen E.on Aktien in eine solche Netzgesellschaft eingelegt werden? Was spricht dagegen, die Stadt Marburg, die Städte und Gemeinden des Landkreises und der Landkreis suchen zusammen einen Partner? Zum Beispiel die Stadtwerke Marburg

Das hätte den Charme, dass bei entsprechender Organisationsstruktur auch der ÖPNV kreisweit aus einer Hand angeboten werden kann. Eine kreiseigene Gesellschaft für Energieproduktion, Netzbetrieb und ÖPNV, das wäre eine Möglichkeit zum einen Wertschöpfung in der Region zu behalten und zum anderen stetige Einnahmen für den Kreishaushalt zu generieren und zum dritten im Zusammenspiel mit den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises einen optimierten ÖPNV zu entwickeln.

Ich habe vorhin bereits erwähnt, dass meine Fraktion die finanziellen Mittel für die Kostenübernahme der Schülerbeförderung in der Sekundarstufe II beantragen, wenn die Eltern arm sind

Meine Begründung hierfür lautet: Es darf nicht sein: „ Wer arm ist, darf nur einen mittleren Bildungsabschluss haben, und das auch nur an einer Realschule!“ Genau dies, meine Damen und Herren steht nämlich im übertragenen Sinne im Hessischen Schulgesetz. Die Schülerbeförderungskosten für die Sekundarstufe II werden nicht übernommen. Heißt nach Einführung von G 8 in Hessen, dass Schülerinnen und Schüler, die die 10. Klasse eines Gymnasiums besuchen nicht mehr Sekundarstufe. I Schüler sind.

Wir alle wissen, Investitionen in die Zukunft heißt Investition in die Bildung, und zwar in die Bildung aller Schülerinnen und Schüler, und zwar unabhängig vom Einkommen der Eltern. Kinder armer Eltern müssen auch die Möglichkeit bekommen einen Schulabschluss nach der Sekundarstufe II zu erwerben. Dies darf nicht an den Beförderungskosten zur Schule scheitern. Wie das zu finanzieren ist, habe ich bereits vorhin erwähnt.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch einige grundsätzliche Bemerkungen: Meine Fraktion und ich sind den Grundsätzen des humanen, demokratischen Sozialismus verpflichtet. Wir streben eine Gesellschaft an, in der Menschen nicht Mittel zum Zweck für andere sind. Eine Gesellschaft in der die freie Entwicklung des Einzelnen zur Bedingung für die freie Entwicklung aller ist

Die ökonomische Ordnung in der wir leben, wir nennen sie Kapitalismus, lässt diese Ziele nicht zu. Die betriebswirtschaftliche Logik mit ihren angeblichen Sachzwängen zerstört die Grundlagen menschlichen Zusammenlebens. Das In-Wert-setzen aller Lebensbereiche der Menschen führt dazu, dass die Sachen über die Menschen bestimmen und nicht die Menschen über die Sachen.

Die Wirtschaft muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Diese Ziele lassen sich auch mit dem Satz umschreiben: Soziale Gerechtigkeit in intakter Umwelt verwirklichen. Dafür setzen wir uns ein! Auch hier im Kreistag. Jeder Antrag der die Gesellschaft diesen Zielen ein Stück näher bringt werden wir unterstützen. Anträge, die dies nicht tun, werden wir auch in Zukunft ablehnen.

Und noch ein allerletztes: Die Reaktion der meisten Kolleginnen und Kollegen auf die Worte „Marxismus“ und „Sozialismus“ hier im Kreistag sind ziemlich irrational. Die Lektüre sämtlicher Schriften von Marx und anderen Sozialisten sind frei zugänglich. Dennoch haben sie offensichtlich nur eine oberflächliche oder gar keine Kenntnis von einer der bedeutsamsten idealistischen und moralischen Bewegung unserer Zeit. Denn, so wenig das Ideal der christlichen Nächstenliebe durch die Inquisition und das Abschlachten von Millionen Menschen im Namen Christi, beschädigt ist - So wenig die Ideale der Französischen Revolution, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die wir heute mit Solidarität übersetzen, so wenig diese Ideale durch den Terror der Guillotine zerstört wurden, so wenig sind die Ideale des Sozialismus durch Verbrechen, in seinem Namen begangen, vernichtet worden.

Sozialismus heißt: Der Mensch war das Objekt der Geschichte. Er muss zum Subjekt werden. Freiheit verstehen wir nicht nur als Freiheit von politischen Unterdrückern, sondern auch als Freiheit von der Beherrschung des Menschen durch Dinge und Umstände. Und an diesem Maßstab gemessen ist der Haushalt durchgefallen.

Wir werden ihn deshalb ablehnen.